

Jugend braucht Zukunft – für eine solidarische Gesellschaft!



170.000 Lehrstellen fehlen, viele Azubis werden später nicht übernommen, Studiengebühren werden eingeführt, das Bafög soll gestrichen werden, in vielen Schulen fehlt das Geld für Sanierungen und neue Bücher. Freizeitangebote werden immer öfter unerschwinglich. Überall machen sich die Menschen Gedanken darüber, wie die Probleme gelöst werden können. Auch wir Jugendlichen sind nicht „unpolitisch“, wir halten nur nichts von Parteien, die uns erzählen, dass sie sowieso nichts ändern können und dafür auch noch gewählt werden wollen. Die Politiker und Parteien im Bundestag machen eine Politik im Interesse der Wirtschaft, der Banken und der Unternehmer.

Während die 50 reichsten Menschen in Deutschland mehr als 200 Milliarden besitzen, sollen wir Verzicht üben und unsere Ansprüche runter schrauben. Dabei gibt es eine Menge von Vorschlägen, wie wir die heutige Situation verbessern können und diese stellen wir in den Mittelpunkt unserer Forderungen:

Wer nicht ausbildet, muss zahlen!

Der sogenannte Ausbildungspakt zwischen Wirtschaft und Bundesregierung hat es wieder einmal gezeigt: SPD und Grüne sind vor den Unternehmerinteressen vollständig eingeknickt. In diesem Jahr fehlen 170.000 Lehrstellen. Hinzu kommen noch 386.000 Jugendliche, die sich derzeit in „arbeitsvorbereitenden Maßnahmen“ befinden. Somit wird es über 500.000 Jugendlichen nicht möglich sein eine Ausbildung zu beginnen.

In Deutschland bilden lediglich noch 23 % der Betriebe aus; statt dessen steigt die Anzahl der außerbetrieblichen Ausbildung stetig weiter an. Über 700.000 Unternehmen entziehen sich der Ausbildung. In NRW wird derzeit der niedrigste Stand an betrieblichen Ausbildungsplätzen seit Jahrzehnten verzeichnet. Als ob das nicht schon schlimm genug ist, fordert die Deutsche Industrie- und Handelskammer, die Ausbildungsvergütung auf 270 Euro zu kürzen. Nach dem Motto zwei zum Preis von einen. Das lohnt sich. Allerdings nur für die Unternehmen.

Wir stehen für:

Wer nicht ausbildet soll zahlen! Ausgenommen von einer solchen Regelung sind Kleinbetriebe. Die gesetzliche Umlagefinanzierung der Berufsausbildung ist längst überfällig!

- Die Ausbildung muss ein finanziell unabhängiges Leben garantieren. Die Forderung nach einer gesetzlichen Mindestausbildungsvergütung von 800,- € ist daher Position der WASG-Jugend NRW!
- Wir unterstützen die Forderungen der Gewerkschaftsjugend für eine Übernahme nach der Berufsausbildung im erlernten Beruf.

Wählt die Linkspartei und damit die KandidatInnen der WASG!

Nein zu Studiengebühren!

Die CDU-geführten Länderregierungen wollen innerhalb der kommenden zwei Jahre Studiengebühren i.H.v. 500 € ab dem 1. Semester einführen. Immer mehr entscheidet über die Möglichkeit ein Studium aufnehmen zu können, der Geldbeutel der Eltern. Jetzt schon können gerade mal 6 % der Arbeiterkinder derzeit studieren. Wir lehnen ab, dass Bildung immer mehr zum Privileg der Reichen wird. Es muss möglich sein, dass sich Studentinnen und Studenten voll auf das Studium konzentrieren können und nicht noch „nebenher“ arbeiten gehen müssen. Wir stehen für:

- Nein zu jeder Form von Studiengebühren, egal wie man sie nennt!
- bedarfsgerechte Ausstattung der Hochschulen mit Geld und Personal
- Elternunabhängige Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtung
- ein kostenfreies, öffentliches Bildungswesen – vom Kindergarten bis zur Universität.

Diejenigen, die später viel verdienen, sollen ordentlich Steuern zahlen und so ihren Beitrag zur Finanzierung leisten. Niemand soll aufgrund des Studiums schon zu Anfang des Berufslebens hoch verschuldet sein.

Antirassismus

Rassismus und Ausländerfeindlichkeit haben in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz. Sie müssen entschieden bekämpft werden. Nationalismus und rassistische Diskriminierung dienen nur dazu Sündenböcke vorzuschieben, um von den Verantwortlichen für Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit abzulenken. Wir wenden uns entschieden gegen alle politischen Kräfte, die ethnische und religiöse Minderheiten in der Bundesrepublik zu Sündenböcken machen wollen oder diesem Denken durch eine unsoziale Wirtschafts- und Sozialpolitik den Boden bereiten. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit zerstören die Möglichkeit der Entfaltung von Solidarität und damit den Aufbau einer sozial gerechten Gesellschaft. Sie fördern die Spaltung der Gesellschaft.

Wir stehen für:

- Die Auflösung aller menschenunwürdigen Abschiebelager
- Uneingeschränktes Recht auf Asyl

Wir fordern daher die Wende zu einer solidarischeren Gesellschaft um den Neonazis den Nährboden zu entziehen. Gemeinsam gegen Rassismus und Nazis - für ein soziale Alternative: Am 18. September beide Stimmen für das Linksbündnis.

**Deshalb am 18.09.05 Die Linke. wählen - damit
Solidarität und Gerechtigkeit zum Mittelpunkt der
Politik werden!**

 *jugend wählt links*

Infos unter www.jugend-waehlt-links.de